

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Nummer 281 · 49. Woche · 75. Jahrgang · SG

Donnerstag, 3. Dezember 2020

www.stn.de · € 2,10 · E 4063

Fraktionen machen Tempo bei Lobbyregister

Vor Weihnachten soll es einen gemeinsamen Gesetzentwurf geben.

VON ANNIKA GRAH

STUTTGART. Kurz vor Ende der Legislaturperiode wollen mehrere Fraktionen im Landtag noch ein Gesetz für ein Lobbyregister durchpauken. Noch vor der Weihnachtspause will man einen gemeinsamen Gesetzentwurf erarbeiten. Darauf einigten sich die Parlamentarischen Geschäftsführer von Grünen, CDU, SPD und FDP bei einem Gespräch am Mittwoch.

Das Vorhaben ist Teil des grün-schwarzen Koalitionsvertrags. Doch bislang war außer Gesprächen zwischen den Fraktionsspitzen wenig passiert. Man wolle die Gesetzgebung im Bund abwarten, hieß es.

Für Bewegung hat nun offenbar ein Gesetzentwurf der SPD gesorgt, den die Fraktion vergangene Woche im Landtag einbrachte. Zuvor hatte schon die AfD Anfang November in einem Antrag die Änderung der Geschäftsordnung vorgeschlagen, um ein Lobbyregister einzuführen.

► Landesnachrichten Seite 6

Kurz bremst Skifahrer aus

Die Österreicher werden bis Mitte Januar beim Wintersport wohl ganz unter sich sein. Die neuen Regeln machen Reisen ins Land vorübergehend höchst unattraktiv, „damit das Virus nicht durch Rückkehrer oder Touristen ins Land getragen wird“, sagte Kanzler Sebastian Kurz.

► Seite 2



Foto: Imago/Tobias Steinmaurer

Kommentar

Ungezogen

Die Verkehrspolitik bevormundet Bürger – das kommt nicht gut an.

VON KLAUS KÖSTER

„Nur eine Minderheit plädiert für den Bau neuer Straßen“, sagte Verkehrsminister Winfried Herrmann im vergangenen Jahr und sieht seine Politik voll bestätigt. Schließlich will er seit jeher die „Dominanz des individuellen Pkw-Verkehrs zurückdrängen“ und die Stuttgarter Innenstadt autofrei machen. Den meisten Bürgern sind reale Verbesserungen ihres Alltags aber wichtiger als Visionen, die einer Fata Morgana gleichen. Nur neun Prozent haben laut einer Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg den Eindruck, im Land werde ausreichend in Verkehrsinfrastruktur investiert.

Noch vor fünf Jahren war der Anteil der Zufriedenen fast dreimal so hoch. Dabei bestanden im Südwesten in all der Zeit ideale Bedingungen für eine Verkehrspolitik aus einem Guss. Vom Ministerpräsidenten über den Verkehrsminister, vom Umweltminister über den Regierungspräsidenten bis zum Oberbürgermeister der Landeshauptstadt tragen alle maßgeblichen Akteure die grüne Parteifarbe. Grün regiert seit Jahren durch. Deshalb kann man nun niemanden anderes für die Unzufriedenheit verantwortlich machen.

Fahrverbote und die Sperrung von Spuren zur Erzeugung von Staus sind eher politische Ersatzhandlungen als Vorboten einer moderneren Verkehrspolitik. Die passenden Gerichtsurteile hatte man einst durch den Verzicht auf Gegenargumente und auf Rechtsmittel selbst mit herbeigeführt. Die meisten Bürger wollen aber eine Verkehrspolitik, in der Auto, Bus und Bahn nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie wollen zwischen alltagstauglichen Alternativen wählen, anstatt wie ungezogene Kinder behandelt und immer wieder gemaßregelt zu werden.

klaus.koester@stuttgarter-nachrichten.de

Wetter



Mittags 5°

Nachts -1°

Vereinzelt Nebel,
sonnige Abschnitte

► Seite 18

Kontakt

Redaktion: 07 11 / 72 05 - 0
Leserservice (Abo): 07 11 / 72 05 - 61 61



Für die meisten sind Bus und Bahn keine Alternative

BaWüCheck der baden-württembergischen Tageszeitungen: Teure Tickets, Staus, schlechte Straßen, zu wenig Parkplätze – die Mehrheit findet, es wird zu wenig ins Verkehrsnetz investiert.

VON CHRISTOPH LINK

STUTTGART. Die nächste Runde des BaWüChecks der baden-württembergischen Tageszeitungen zeigt: Eine Mehrheit der Befragten (64 Prozent) ist der Ansicht, dass im Südwesten in den letzten Jahren zu wenig in die Verkehrsinfrastruktur investiert worden sei. Damit ist der Anteil der mit dem Zustand von Straßen, Brücken und anderen Verkehrsbauwerken Zufriedenen im Vergleich zu 2015 erheblich gesunken.

In der repräsentativen Umfrage war die Einstellung der Bürger zu verkehrspolitischen Herausforderungen in Zeiten des Klimawandels abgefragt worden – gerade vor dem Hintergrund, dass die Landesregierung seit 2011 von den Grünen geführt wird.

Was die künftige Verkehrspolitik angeht, ist das Meinungsbild gespalten: Eine Mehrheit von 56 Prozent findet, der Ausbau müsse im Straßennetz und im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) „gleichermaßen“ erfolgen, 23 Prozent sind für mehr Busse und Bahnen und 17 Prozent für den Straßenbau. Bei jüngeren Leuten zwischen 18 bis 29 überwiegen die ÖPNV-Anhänger (43 Prozent) gegenüber den Freunden des Straßenbaus.

Corona-Auflagen bis 10. Januar verlängert

Bayerns Ministerpräsident Söder droht mit noch schärferen Maßnahmen.

BERLIN. Die derzeit geltenden Corona-Auflagen werden bis zum 10. Januar verlängert. Darauf verständigten sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Regierungschefs der Länder am Mittwoch, wie Merkel in Berlin am Abend mitteilte. Zu den Maßnahmen zählen unter anderem strenge Kontaktbeschränkungen, Schließungen von Gaststätten und Kultureinrichtungen sowie Reisebeschränkungen. Am 4. Januar wolle die Runde wieder zusammenkommen, um über das weitere Vorgehen zu beraten – ursprünglich waren die gegenwärtigen Auflagen bis zum 20. Dezember befristet.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder sagte: „Wir können diese Situation nicht so hinnehmen.“ Es sei „notwendig und richtig, den Lockdown zu verlängern bis zum 10. Januar“. Söder stellte die Möglichkeit noch schärferer Auflagen in Aussicht. Abhängig von der Entwicklung müsse überlegt werden, an manchen Stellen „sehr deutlich und konsequent tiefer heranzugehen“. (AFP)

27

Prozent

der Befragten halten Stuttgart 21 für richtig. Bei der Volksabstimmung vor neun Jahren in Baden-Württemberg stimmten fast 59 Prozent für das Milliardenprojekt der Bahn.

26

Prozent

der Befragten kennen Landesverkehrsminister Winfried Herrmann (Grüne) nicht. Von denjenigen, die ihn kennen, haben zwölf Prozent eine „gute Meinung“ von ihm.

Altersvorsorge: Land fordert Zusatzrente

Lebensversicherer wollen Garantiezins ab 2022 drastisch senken.

VON BARBARA SCHÄDER

STUTTGART/FRANKFURT. Die Landesregierung dringt angesichts der Probleme beim Aufbau einer umfassenden Altersvorsorge für breite Bevölkerungsschichten auf eine Reform. Noch vor der Landtagswahl im März werde Baden-Württemberg über den Bundesrat die Bundesregierung auffordern, die Voraussetzungen für ein „kostengünstiges, sicheres, transparentes und leistungsstarkes staatlich organisiertes Standardprodukt“ für den Aufbau einer Zusatzrente zu schaffen, teilte das Verbraucherschutzministerium in Stuttgart unserer Zeitung mit. „Zahlreiche Angebote zur privaten Altersvorsorge sind am Markt, aber viele sind zu komplex, die Renditen zu gering oder die Kosten zu hoch“, kritisierte Verbraucherschutzminister Peter Hauk (CDU).

Die Landesregierung tritt für ein Modell ein, das schon vor einigen Jahren entwickelt wurde. Es sieht vor, dass Arbeitnehmer zusätzlich zum Beitrag für die gesetzliche Ren-

eine Mehrheit (68 Prozent) der vom Institut für Demoskopie Allensbach befragten Baden-Württemberger, die täglich oder mehrfach in der Woche mit dem Auto unterwegs sind, sieht in Bus und Bahn „keine ernsthaftere Alternative“ und schließt einen Umstieg aus. Auch bei E-Autos fehlt noch Akzeptanz. In der Reihe der drängendsten Probleme werden zuerst die hohen Preise für den Nahverkehr in Bussen und Bahnen genannt (52 Prozent), gefolgt von: zu viele Staus (50), schlechter Zustand der Straßen (45) und zu wenig Parkplätze in Innenstädten (43). Erst an zehnter Stelle wird der „schlechte Zustand des Schienennetzes“ genannt (17 Prozent). Großstädter nehmen die Ticketpreise für Busse und Bahnen sowie Staus als Problem wahr, „Bewohner ländlicher Regionen ärgern sich überproportional oft über schlechte Verkehrsverbindungen“.

Auffällig ist, dass Lieblingsthemen von Verkehrsminister Winfried Herrmann (Grüne) bei den Bürgern kaum eine Rolle spielen: Einen Mangel an Radwegen stellt jeder Vierte fest, Car-Sharing-Angebote fehlen jedem Zehnten. Allerdings lehnen nur noch 34 Prozent Tempolimits auf Autobahnen strikt ab.

► Kommentar

► Seite 4

Veterinäre in Schlachthöfen wehren sich

Verband fordert mehr Rückendeckung durch das Agrarministerium.

STUTTGART. Tierärzte, die in Schlachthöfen unter anderem die Tierschutzauflagen überwachen, fordern mehr Personal und vor allem eine bessere Rückendeckung durch die vorgesetzten Ämter und auch durch das Agrarministerium. Holger Vogel, der Präsident des Bundesverbandes der verbeamteten Tierärzte, hält es zudem für notwendig, dass jeder Schlachthof einen eigenen Tierschutzbeauftragten einstellen muss.

Die Veterinäre reagieren damit auf die jüngste Debatte über Tierschutzverstöße in den Schlachthöfen Gärtringen und Biberrach. In heimlichen Aufnahmen der Soko Tierschutz war zu sehen, dass die Amtstierärzte entweder nicht anwesend waren oder bei Verstößen nicht eingriffen. Agrarminister Peter Hauk (CDU) hatte die Veterinäre indirekt kritisiert, indem er sagte: „Wie es trotz der umfassenden Kontrolle zu Problemen kommen kann, habe ich bis jetzt noch nicht ganz nachvollzogen.“ (fal)

► Landesnachrichten Seite 6

► Stuttgart und Region Seite 15

Haftbefehl gegen Amokfahrer von Trier

TRIER. In Trier wird es an diesem Donnerstag eine Schweigeminute geben. Der Trierer Oberbürgermeister Wolfram Leibe (SPD) ruft für 13.46 Uhr alle Trierer dazu auf, in Gedanken an die Toten und die Verletzten der Amokfahrt vom Dienstag innezuhalten. Zu dieser Uhrzeit hatte die Amokfahrt in der Trierer Innenstadt begonnen. Dabei starben fünf Menschen, 18 weitere wurden verletzt. Am Mittwoch erging Haftbefehl gegen den 51 Jahre alten Tatverdächtigen unter anderem wegen Mordes in fünf Fällen. (dpa)

► Panorama Seite 7

Cybermobbing breitet sich weiter aus

HAMBURG/STUTTGART. Cybermobbing unter Schülern wird zu einem immer größeren Problem: Ein Viertel der Kinder und Jugendlichen ist schon einmal Opfer von Mobbing im Internet oder in den sozialen Netzwerken geworden. Das zeigt eine Studie unter 6000 Schülern, Eltern und Lehrkräften, die die Techniker Krankenkasse (TK) und das Bündnis gegen Cybermobbing am Mittwoch in Hamburg präsentierten.

Insgesamt ist die Zahl der betroffenen Schüler zwischen acht und 21 Jahren seit 2017 von 12,7 Prozent auf 17,3 Prozent im Jahr 2020 gestiegen (36 Prozent). Am häufigsten tritt Cybermobbing an Haupt- und Realschulen auf. Aber auch Jüngere sind immer häufiger betroffen. (epd/lro)

► Wissenswert Seite 28

► Wirtschaft Seite 10